

Ärzte fürchten Reform des Psychotherapeutengesetzes

„Das ist eine apokalyptische Vorstellung“

Mit großer Sorgen erwarten die Ärzte den ersten Entwurf zum neuen Psychotherapeutengesetz. Sie fürchten, von den psychologischen Psychotherapeuten an den Rand gedrängt zu werden. Die Bundesärztekammer habe das Thema jahrelang verschlafen, kritisiert Dr. Heiner Heister, Vorstandsmitglied der Ärztekammer Nordrhein.



„Es geht hier um lupenreine Substitution. Das ist für mich eine feindliche Übernahme, die da stattfinden soll“, schimpft das Vorstandsmitglied der Landesärztekammer Nordrhein, Dr. Heiner Heister.

© privat

Schon seit Jahren erregt die ärztliche Psychotherapie die Gemüter. Zwar hagelte es auf Deutschen Ärztetagen regelmäßig Beschlüsse, die sich gegen Substitution aussprachen. 2012 etwa beschloss der 115. Deutsche Ärztetag, dass sich die Landesärztekammern stärker mit dem Thema befassen sollten. Nur viel passiert ist seitdem nicht.

Zum Hintergrund: Das Bundesgesundheitsministerium hat für Mitte des Jahres einen ersten Referentenentwurf zur Novellierung des Psychotherapeutengesetzes angekündigt. Das Problem: Das Ministerium führt die Gespräche im Vorfeld der Gesetzgebung ausschließlich mit den psychologischen Psychotherapeuten und deren Kammer. „Die Ärzte sind in diese Gespräche überhaupt nicht einbezogen. Wir erwarten mit großer Sorge das Auftauchen dieses U-Bootes“, sagt Dr. Heiner Heister. Das Vorstandsmitglied der Ärztekammer Nordrhein moderierte vergangene Woche in Düsseldorf ein Symposium zu dem Thema.

Durchgesickert aus Berlin ist bislang lediglich, dass die Neufassung des Psychotherapeutengesetzes die Direktausbildung festschreiben soll. Das

hieß im Klartext ein sechssemestriges Bachelorstudium, polyvalent, in Psychologie mit nachfolgend vier Semestern Masterstudium zum Psychotherapeuten an psychologischen Hochschulabteilungen. Dies könne nicht funktionieren, kritisiert Heister. Psychotherapie sei etwas, das Erfahrung und eine gewisse Reife brauche. Dies könnten die Absolventen eines solchen Studiums gar nicht leisten, ohne jemals Verhaltenstherapie, tiefenpsychologisch fundierte Psychologie oder gar analytische Psychotherapie richtig erlernt zu haben. Dies alles aber sei in einer solch knapp bemessenen Zeit gar nicht zu schaffen. Heister bezeichnet die geplante Direktausbildung daher als „Schmalspurstudium“.

Man würde auf diese Weise Psychotherapeuten ausbilden, die den Namen gar nicht mehr verdienten. „Die würden in Großpraxen oder Kliniken die psychosoziale Kommunikation übernehmen und damit die Hoheit über die Kommunikation mit den Patienten“, so Heister. „Und die Ärzte würden aus dem Feld zunehmend zurückgedrängt und zu reinen Funktionsträgern für irgendwelche Verrichtungen werden. Das ist eine apokalyptische Vorstellung.“

Ärztetag-Beschlüsse laufen reihenweise ins Leere

Die Ärztekammer Nordrhein hatte schon im März einstimmig einen Antrag mit dem Titel „Gegen die Verdrängung der Ärzteschaft aus der Psychotherapie“ beschlossen. Darin lehnten die Delegierten die sogenannte „Direktausbildung zum Psychotherapeuten“ ab. Es werde versucht, den Begriff ‚Psychotherapeut‘ einseitig für die Gruppe der psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten zu vereinnahmen, hieß es damals in der Begründung der Antragsteller.

Auch der Deutsche Ärztetag im Mai hat sich gegen ein solches Vorgehen ausgesprochen – zum wiederholten Mal. Auch Heister brachte einen Beschlussantrag ein. Dieser lehnt die Einführung „eines neuen, allgemein approbierten Heilberufs mit Übernahme der bisher ärztlichen Zuständigkeit für den psychosozialen, kommunikativen und koordinativen Bereich unter der geplanten Bezeichnung ‚Psychotherapeut‘ ab.

Die Bezeichnung ‚Psychotherapeut‘ müsse wie bisher entsprechend weitergebildeten Ärzten, psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichen- Psychotherapeuten vorbehalten und an einen hohen fachkundlichen Qualitätsstandard gebunden bleiben, hieß es weiter in dem mit großer Mehrheit beschlossenen Antrag. Viel mehr als solche Beschlüsse habe die Bundesärztekammer allerdings bislang nicht zustande gebracht, kritisiert Heister im Gespräch mit dem änd.

Führen die Psychotherapeuten-Kammern eine „semantische Kampagne“?

Die psychologische Psychotherapie kämpfe um ein Alleinstellungsmerkmal, sagt er. Sie leide darunter, dass sie nichts bieten könne, was Ärzte nicht auch bieten, so Heister. Und deshalb führten die Kammern der psychologischen Psychotherapeuten und deren Bundeskammer eine „semantische Kampagne“, in deren Zuge sie suggerierten, dass es auf der einen Seite die Psychotherapeuten gebe und auf der anderen die Ärzte.

„Es geht hier um lupenreine Substitution. Das ist für mich eine feindliche Übernahme, die da stattfinden soll“, schimpft Heister. Der Zug rolle eindeutig in Richtung Direktausbildung. Eine Strategie, wie sich dieses Szenario aus Ärztesicht noch verhindern ließe, sieht er bei der Bundesärztekammer derzeit nicht. Dazu müssten die beiden für das Thema Beauftragten, der Chef der Landesärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Ulrich Clever, und seine Bremer Kollegin, Dr. Heidrun Gitter, erst einmal ein Konzept erarbeiten. „Der Vorstand der Bundesärztekammer aber ziehe sich in dieser Sache aufs „operative Geschäft“ zurück, kritisiert Heister. „Und das publiziert er nicht.“

„Bundesärztekammer braucht tragfähige Strukturen“

Mittlerweile werde die Zeit knapp. Man müsse im laufenden Gesetzgebungsverfahren unbedingt erreichen, dass sich die entsprechend weitergebildeten Ärzte weiter Psychotherapeuten nennen dürfen. „Das wäre essentiell“, sagt Heister. „Denn wer die Psychotherapie verliert, verliert auch den Zugriff auf die Kommunikation.“ Schon heute etwa müssten sich Ärzte, die die psychosoziale Betreuung der Patienten in Tumorzentren übernehmen wollen, von Psychologen zertifizieren lassen.

Er weise seit Jahren darauf hin, dass die Bundesärztekammer „tragfähige Strukturen“ brauche. Nur so ließe sich mithalten mit der Bundeskammer für psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten, die quasi im Wochenrhythmus neue Ideen produziere, um diese anschließend höchst professionell im politischen Berlin zu lancieren. „Da gibt es kein Gegenwicht auf Seiten der Bundesärztekammer“, kritisiert Heister. Statt die Kompetenzen in einer Stabsstelle zu bündeln, verteile die BÄK die Zuständigkeiten auf verschiedene Dezernate. „Es fehlt einfach die schlagkräftige Koordination.“